

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
27. Januar 2014

Beginn der Sitzung: 18:05 Uhr
Ende der Sitzung: 19:29 Uhr

Ort: Waldshut,
Katholisches Gemeindehaus

Öffentliche
Sitzung

1.

„Lust auf Politik“ – Jugendveranstaltung zur Kommunalwahl

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen gemäß beigefügter Sitzungsvorlage zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2.

Archivordnung der Stadt Waldshut-Tiengen: Neufassung und Aktualisierung

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Archivsatzung gemäß beigefügtem Satzungsentwurf mit Wirkung zum 01.01.2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3.

Gebührenordnung für den Gutachterausschuss: Neufassung

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den beigefügten Entwurf „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Gutachterausschusses“ als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4.

Tempo 30 in der Gurtweiler Straße: mündlicher Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Albers informiert über ein Urteil gegen die Stadt Freiburg, durch das die Anordnung einer Streckenbegrenzung auf 30 km/h in einem vergleichbaren Fall aufgehoben worden sei. Zum Argument „Gleichbehandlung mit Gurtweil“ merkt er an, dass bei der Anordnung Tempo 30 km/h in der Rathausstraße dieses Urteil noch nicht vorhanden gewesen sei; heute würde er Tempo 30 km/h auch in Gurtweil nicht mehr anordnen.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, entgegnet, dass es andere Städte in Baden-Württemberg gebe, wo sogar an Bundesstraßen Tempo 30 km/h angeordnet sei. Er bittet um Überprüfung, ob es nicht möglich sei, wie andernorts ein sog. „Vorfahrtstraßennetz“ einzuführen, bei dem nur bei Durchfahrtsstraßen Tempo 50 km/h erlaubt sei und bei allen anderen Straßen Tempo 30 km/h.

Stadtrat Vollmer erinnert in diesem Zusammenhang auch an den gefassten Beschluss, die Kupferschmidstraße durchgehend mit Tempo 50 km/h einzurichten.

Der Oberbürgermeister sagt bezüglich Kupferschmidstraße eine Überprüfung und Beantwortung zu; bezüglich „Vorfahrtstraßennetz“ weist er darauf hin, dass die Gurtweiler Straße eine Durchgangsstraße sei.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, für die Gurtweiler Straße Tempo 30 km/h festzusetzen.

Stadtrat Alfred Scheuble, FW-Fraktion, regt unter Hinweis auf die Erweiterung des Baugebietes Bergstadt an, eine weitere Erschließungsstraße von der Bergstadt über die Waldeckstraße in Richtung Robert-Gerwig-Straße in Erwägung zu ziehen.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierzu, dass sich der Gemeinderat schon einmal mit dieser Möglichkeit befasst und diese wieder verworfen habe; damit dieser Punkt erneut auf die Tagesordnung käme, sei ein von mindestens 8 Stadträten unterzeichneter Antrag erforderlich.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, sieht bezüglich Tempo 30 km/h wegen der geforderten Gleichbehandlung auch noch weitere Durchgangsstraßen, z.B. die Friedrichstraße/Schmitzinger Straße.

Stadtrat Zauft, entgegnet, dass die Schmitzinger Straße mit der Gurtweiler Straße nicht vergleichbar sei, da sie kein so hohes Verkehrsaufkommen hätte, wie die Gurtweiler Straße.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat fordert von der Unteren Straßenverkehrsbehörde die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Gurtweiler Straße.

Abstimmungsergebnis:

Bei 7 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

5.

Asylbewerberunterbringung Badstraße: Vergaben und Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, zur Durchführung des „Neubau von 5 Reihenhäuser als Sammelunterkunft für Asylbewerber, Badstrasse“ 400.000,00 € überplanmäßig auf der Haushaltsstelle 02.8800880.946000 bereit zu stellen.

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Gipserarbeiten an den günstigsten Bieter, die Fa. Harald Amann, 79865 Grafenhausen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Fenster-Außentüren an den günstigsten Bieter, Fa. Fenster Beck, 77966 Kappel-Grafenhausen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Innentüren an den günstigsten Bieter, Fa. Walter Tomasi, 79761 Waldshut-Tiengen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Estricharbeiten an die einzige Bieterin, die Fa. Kammerer Fußbodentechnik GmbH, 79730 Murg, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Bodenbelagsarbeiten an die günstigste Bieterin, die Fa. Raumausstattung J. Fechtig, 79777 Ühlingen-Birkendorf, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

6. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Malerarbeiten an den günstigsten Bieter, Fa. Thomas Hoffmann, 79848 Bonndorf, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

7. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Gerüstarbeiten an die günstigste Bieterin, die Fa. Indlekofer GmbH, 79848 Bonndorf, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

8. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Fliesenarbeiten an den günstigsten Bieter, den Fliesenhandel Ohrdruf GmbH, 99885 Ohrdruf, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Josef Rimmele hat wegen Befangenheit an der Beratung und an den Beschlüssen nicht teilgenommen.

6.

Prüfung von ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmitteln an den städtischen Schulen:

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, 1/3 der Kosten für die Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmitteln an den städtischen Schulen i. H. v. 19.000 € überplanmäßig auf Gruppe 52 bereitzustellen. 1/3 wird dem Budget der Schulen bei Lehr- und Lernmittel entnommen, das dritte Drittel der Haushaltsstelle Inventarunterhaltung. Die Beträge werden auf die einzelnen Schulen gem. Tabelle aus der beigefügten Vorlage verteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

7.

Ausschreibung von Erdgaslieferungen: Teilnahme an Bündelausschreibung der Gt-service (Gemeindetag)

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Auf die Frage von Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, erläutert Sachbearbeiter Norbert Bodmer, dass bei der Ausschreibung Regionallose gebildet werden, wobei Waldshut-Tiengen möglicherweise ein eigenes Los bilden werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Gt-service mit der Ausschreibung des städtischen Erdgasbedarfes für die Jahre 2015/16 zu beauftragen. Die Gt-service wird ferner bevollmächtigt, den Zuschlag entsprechend der Entscheidung des Aufsichtsrates zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

8.

Haushalt 2013: Bildung von Haushaltsresten

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Bildung der in den Anlagen aufgeführten Haushaltsreste für das Haushaltsjahr 2013.

Der Gemeinderat stellt die in der Anlage aufgeführten Mittel für die Ortschaften und die Schulen überplanmäßig zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

9.**Vereinsförderung:****Städtisches Darlehen an Eisenbahnersportverein Waldshut e.V.**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und stellt anhand von Fotos den Stand der Sanierungsarbeiten vor. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe eines Darlehens an den Eisenbahner-Sportverein zu den in beigelegter Vorlage genannten Konditionen zu und genehmigt eine weitere Spende der Sparkasse Hochrhein über 8.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

10.**Wahl des Ersten Beigeordneten:****Bestimmung Wahltag und Ausschreibung**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, stellt die Frage, ob die Stadt überhaupt die Stelle eines Ersten Beigeordneten brauche.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass er bisher keine anderslautenden Meldungen aus dem Gemeinderat vernommen habe und deshalb die erneute Besetzung vorgeschlagen habe.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erinnert daran, dass diese Stelle bereits im Zusammenhang mit der Finanzkrise im Jahr 2009 thematisiert worden sei.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, ergänzt, dass die Stadt Emmendingen diese Stelle vor 10 Jahren abgeschafft habe und die Beigeordnetenstelle bei der Stadt Singen momentan ebenfalls nicht besetzt sei.

Oberbürgermeister Albers weist auf den Unterschied hin, ob ein Vertreter aus dem Gemeinderat sei oder ob man einen ständigen allgemeinen Stellvertreter habe. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Doppelstadt – bisher sei man mit der Doppelspitze gut gefahren, so der Oberbürgermeister.

Nach weiterer Erörterung erklärt Stadtrat Albiez-Kaiser auf die Frage des Oberbürgermeisters, dass diesbezüglich kein Änderungsantrag gestellt werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle des Ersten Beigeordneten in seiner Sitzung am 07. April 2014 zu besetzen. Das Ende der Einreichungsfrist wird auf den 12. März 2014 festgesetzt. Die Stellenausschreibung erfolgt am 31. Januar 2014 gemäß beiliegendem Textvorschlag durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

11.**Kommunalwahlen 2014:****Bildung Gemeindewahlausschuss**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Von den Fraktionsvorsitzenden werden nachfolgende Personen für den Gemeindewahlausschuss benannt:

CDU-Fraktion:	Vorsitzender Josef Rimmele
SPD-Fraktion:	Beisitzer Wolfgang Hörr
FDP-Fraktion:	Beisitzer Günter Heller
FW-Fraktion:	Stellvertretender Beisitzer Gerd Wilke
GRÜNE-Fraktion:	Stellvertretender Beisitzer Helmut Röger

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt den Gemeindewahlausschuss für die am 25. Mai 2014 stattfindenden Kommunalwahlen wie folgt:

Vorsitzender	Josef Rimmele	Stellvertreter	Klaus Teufel
1. Beisitzer	Wolfgang Hörr	Stellvertreter	Helmut Röger
2. Beisitzer	Günter Heller	Stellvertreter	Gerd Wilke

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Gegen eine offene Wahl im Ganzen wurden keine Einwendungen erhoben.

12.**Spenden**

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung und stellt fest, dass es gegen die Entgegennahme und Weiterleitung dieser Spenden **keine Einwendungen** gibt.

13.**Bekanntgaben****Eilentscheidungen**

Oberbürgermeister Albers gibt nachfolgende Eilentscheidungen bekannt:

- Stellenbesetzung mit Christian Schopferer für die Stelle beim Baurechtsamt weil der vom Gemeinderat gewählte Bewerber eine andere Stelle angenommen hat
- überplanmäßige Bewilligung von 23.272,37 € für im Vermögenshaushalt zu buchende Kosten im Zusammenhang mit dem Umzug des Kinderhauses St. Marien
- überplanmäßige Bewilligung für Anschaffung von Schneeketten, Mehrkosten für Schneepflug und Umbaukosten am neuen LKW in Höhe von zusammen 14.000,00 €

Genehmigung Haushalt 2014

Oberbürgermeister Albers gibt die Genehmigung bzw. Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2014 durch das Regierungspräsidium bekannt.

Bürgschaft für Darlehen der Stadtwerke GmbH

Kämmereileiter Klaus Lang gibt Bürgschaften für verschiedene Darlehen der Stadtwerke GmbH gemäß beigefügter Zusammenstellung bekannt.

Entwicklung der Schweizer-Franken-Darlehen

Kämmereileiter Klaus Lang informiert über die Entwicklung in der Schweizer Franken aufgenommenen Darlehen gemäß beigefügter Zusammenstellung.

14.

Verschiedenes

Rechtsstreit Spielothek

Bürgermeister Beck informiert über einen anhängigen Rechtsstreit, bei dem die Antragstellerin gegen die Ablehnung einer Bauvoranfrage zur Einrichtung von 3 Spielotheken in den ehemaligen Räumen der Firma Fressnapf vorgehe. Da der Ausgang dieses Rechtsstreites für die Stadt von grundsätzlicher Bedeutung sei und auf die Stadt im Falle des Unterliegens sehr hohe Schadensersatzforderungen zukommen könnten, habe die Stadt das Rechtsanwaltsbüro Bender beauftragt.

Oberbürgermeister Albers sagt zu, den Gemeinderat über den Fortgang dieses Rechtsstreites zu informieren.

Kreuzweg zwischen Bergstadt und Gurtweil

Oberbürgermeister Albers informiert darüber, dass im Zuge der Erschließungsarbeiten „Baugebiet Bergstadt III“, die Stationen des entlang der Verbindungsstraße zwischen Bergstadt und Gurtweil verlaufenden Kreuzweges in Absprache mit der Katholischen Pfarrgemeinde etwas nach hinten versetzt werden sollen. Die Arbeiten hierfür würden vom städtischen Forst erledigt, das Erneuern der Bildstöcke durch die Pfarrgemeinde.

Änderung Gemarkungsgrenze Tiengen/Lauchringen

Oberbürgermeister Albers informiert über ein Schreiben eines Grundstücksbesitzers, der nochmals beantrage, die Gemarkungsgrenze zwischen Tiengen und Lauchringen so zu ändern, dass sowohl der Gutshof als auch das dazugehörige Wohnhaus vollständig auf Lauchringer Gemarkung liegen würden.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, äußert hierzu, dass sie es so in Erinnerung habe, dass die Gemeinde Lauchringen ein Tauschgrundstück anbieten solle.

Nach weiterer Erörterung lässt der Oberbürgermeister abstimmen:

Bei 13 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen ist die Mehrheit des Gemeinderates dafür, die Gemeinde Lauchringen zu bitten, ein Tauschgrundstück anzubieten.

Stelle im Baurechtsamt

Stadtrat Eugen Schupp, CDU-Fraktion möchte, dass sich der neue Mitarbeiter des Baurechtsamtes im Gemeinderat vorstellt.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass er dies ab dem 1. April vorsehe, wenn Herr Schopferer bei der Stadt begonnen habe. Er erläutert nochmals die Gründe für die getroffene Eilentscheidung.

15.

Fragestunde

Tempo 30 Gurtweiler Straße

Ein Bürger aus der Gurtweiler Straße betont, dass es den Anliegern der Gurtweiler Straße bei der beantragten Geschwindigkeitsbeschränkung nicht in erster Linie um das Verkehrsaufkommen und um Lärmschutz gehe, sondern hauptsächlich um die Sicherheit der Fußgänger beim Überqueren der Straße, vor allem im Bereich der unübersichtlichen Kurve in Richtung Ortsausgang.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass das Argument der Verkehrssicherheit von den zuständigen Regierungsstellen nur dann akzeptiert werde, wenn ausreichend Unfallzahlen vorliegen würden – subjektives Empfinden sei hierbei nicht maßgebend; man könne aber über weitere Überquerungshilfen nachdenken.